

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, 1. Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 27. Februar 1918. Nr. 56.

Verkaufsvorschriften für ungarisches Schweinefleisch. Die in letzter Zeit immer lauter werdenden Klagen aus den Kreisen der Bevölkerung über die Misstände bei der Abgabe des Fleisches jener Schweine, welche den Wiener Selchern von der städtischen Schweineübernahmestelle zum Verkaufe an die unmittelbaren Verbraucher zugewiesen werden, haben die Erlassung einer neuen Verkaufsvorschrift nötig gemacht, die am 1. März 1918 in Wirksamkeit tritt. Die wichtigsten Bestimmungen dieser auf Grund der Preistreibeverordnung erlassenen Verkaufsvorschrift sind folgende: Die Selcher müssen, wie in der Grossmarkthalle, das ihnen zugewiesene Schweinefleisch in Kilopaketen vorrichten und diese den mit der Ueberwachung betrauten Organen des Kriegswucheramtes und des Marktamtes vor Beginn des Verkaufes vorzählen; hiedurch soll verhindert werden, dass die Stammkunden der Selcher - allenfalls durch Gewährung eines höheren Preises - in bevorzugter Weise bedient werden. Um die Kontrolle zu ermöglichen, ist ein bis ins Detail geregelter Avisodienst zwischen der genannten Uebernahmestelle und den Kontrollorganen des Kriegswucheramtes eingerichtet worden. Der Verkauf des Schweinefleisches ist nur an die im Bezirke der Abgabestelle wohnenden, unmittelbaren Verbraucher - mit Ausschluss der Gast- und Schankgewerbetreibenden, Anstalten, Konsumentenorganisationen u.s.w. - gestattet und zu diesem Zwecke an die Vorweisung des Einkaufscheines gebunden; nur in der Grossmarkthalle darf an die unmittelbaren Verbraucher aller Bezirke Wiens solches Schweinefleisch abgegeben werden, jedoch ebenfalls nur gegen Vorweisung des Einkaufscheines.

Die Versorgung mit Brot und Mehl. Bürgermeister Dr. Weiskirchner richtete in der heutigen Sitzung des Herrenhauses nachstehende Interpellation an den Ministerpräsidenten: Die Bevölkerung der Stadt Wien leidet unter der ungenügenden Versorgung mit Brot und Mehl. Die Mehlquote wurde im vergangenen Monate verkürzt, das Brot wird hauptsächlich - bis zu 80 % aus Maismehl bereitet. Aber auch die Importe von Maismehl dürfen nur mehr durch eine gewisse Zeit noch andauern. Die Hoffnungen der gesamten Bevölkerung waren auf den Brotfrieden gerichtet, den Graf Czernin mit der Ukraine in Brest Litowsk abgeschlossen hat. Die Bevölkerung ist nun darüber tief beunruhigt, dass die Truppen des verbündeten Deutschen Reiches den Weg in das Gebiet der Ukraine nehmen und sich der dort lagernden Getreidevorräte versichern, während anscheinend seitens unserer Monarchie bisher keine geeigneten Massnahmen getroffen wurden, um auch uns ausreichende Mengen von Getreide zu sichern und mit aller Beschleunigung herbeizuschaffen. Diese Sicherung und Herbeischaffung unentbehrlicher Lebensmittel kann billigerweise nicht als ein feindseliger Akt gegen die Republik der Ukraine aufgefasst werden, sondern erscheint als zweckmässige Realisierung des Friedensvertrages. Da nun der Herr Ministerpräsident im Abgeordnetenhaus erklärt hat, dass österreichisch ungarische Truppen nicht in die Ukraine einmarschieren werden, fragen die Gefertigten an, welche anderen Massnahmen hat die Regierung vorgesehen, um im Interesse der notleidenden und geängstigten Bevölkerung den Import von Getreide aus der Ukraine zu sichern und innerhalb welcher Zeit sind solche Importe zu gewärtigen.

Verkauf von eingelagerter Geflügel. Am Ende dieser und der nächsten Woche wird von der Wild- und Produkten A.G. eingelagerter Geflügel (Hühner und Indiane) im Gesamtgewichte von rund 60.000 kg nach den Weisungen der Gemeinde Wien ausgegeben werden. Der Preis stellt sich im Detailverkaufe auf 16 Kronen per kg. Der Verkauf wurde in jedem Bezirk an einige Geflügelhändler übertragen, die Verkaufsstelle wird durch eigene Aufschriften ersichtlich gemacht werden.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung am 27. Februar 1918.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner macht folgende Mitteilungen Gespendet haben: Franziska Leber 8000 Kronen für eine Stiftung zu Gunsten von Schuhmachern und deren Witwen; die Administration der Neuen Freien Presse 3030 Kronen, darunter 3000 Kronen von Alois Lemberger für Arme; der Wohltäter Wilhelm 3000 Kronen für arme Schulkinder des 10. Bezirkes; Johanna Holly 3000 Kronen für Arme; Ferdinand Pierer 1500 Kronen für Arme des 14. Bezirkes; Albin Gehrig letztwillig 1000 Kronen für Arme des 17. Bezirkes; W.E. Kienast 500 Kronen für eine Waisenstiftung; Johann Fürst zu Schwarzenberg 500 Kronen, Fürst zu Fürstenberg 200 Kronen; die Ankerbrotfabrik 100 Kronen anlässlich der Hilfeleistungen der Feuerwehr; anlässlich Ziviltätigkeiten: Kaiserl. Rat Schweinburg und Johann Klinckhoff je 200 Kronen, Emil Eisenstätter 100 Kronen; Ludwig Baumgartner 100 Kronen für die Armen von Penzing; das Stift Schotten 1200 Portionen Wein und 120 Kronen, Hugu Scholz 250 Kronen beide für das Versorgungsheim.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich habe es für meine Pflicht erachtet, für die heutige Gemeinderatsitzung über die Lage unserer Kriegsgefangenen in Russland an zuständiger Stelle Auskünfte einzuholen. Die Wiener Bevölkerung ist tief beunruhigt über die Vorgänge in Russland und hat grosse Sorge um die Kriegsgefangenen. GR. Handerik hat Ende des Vorjahres eine Interpellation überreicht die ich aber damals nicht zur Verlesung gebracht, sondern unmittelbar dem Minister der Aeussern übersendet habe. Die Erklärung des Ministers des Aeussern, dass unsere Kriegsgefangenen frei sind, hat anfänglich Begeisterung in der Bevölkerung ausgekost, dann aber Beunruhigung wegen der Ungewissheit hervorgerufen. Insbesondere nachdem die Zeitungsnachrichten sehr auseinander gingen und kein klarer Einblick in die wahren Verhältnisse möglich war. Ich habe mich daher vor einigen Tagen an den Freiherrn von Slatin gewendet mit dem Ersuchen, mit genauer Nachrichten zukommen zu lassen. Diese lauten:

Die österreichisch ungarische Kommission in Petersburg, welche aus Vertretern des Kriegsministeriums und des Roten Kreuzes zusammengesetzt war und während der Brest Litowsker Verhandlungen über den Austausch der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten mit den Delegierten der Bolschewikiregierung verhandelte, drängte darauf, über die Verhältnisse der Kriegsgefangenen eine möglichst genau umschriebene Entscheidung der russischen Regierung zu erhalten. Diese Entscheidung wurde dahin getroffen, dass die Kriegsgefangenen in den ihnen zugewiesenen Lagern und Ubikationen bis auf weiteres verbleiben, dort verpflegt und nach Friedensschluss in ihre Heimat befördert werden. Eine grosse Zahl von Gefangenen, welche nicht unter strenger Aufsicht oder militärischer Bewachung standen, so besonders die als Feldarbeiter verwendeten Gefangenen, haben die Gelegenheit der Unruhen zum Entkommen benützt und sind meist ungehindert durch die militärische Front herüber-

gekommen. Ihre Zahl soll sich auf ca. 60.000 belaufen und sind von unseren und den deutschen Truppen aufgenommen worden. Sie werden nach Durchführung einer gewissen Quarantaine weiterbefördert werden. Die noch in Russland zurückgehaltenen Gefangenen sind vorläufig in den ihnen zugewiesenen Lagern, werden von der Regierung verpflegt und harren des Austausches, über dessen Durchführung die genauen Bedingungen und Modalitäten im Friedensvertrage festgesetzt werden. Vor allem muss hervorgehoben werden, dass bisher keinerlei Klagen über grausames Vorgehen der Bolschewikiregierung und ihre Truppen gegen unsere Gefangenen vernommen wurden. Die rote Garde und die sich ihr anschliessenden Banden, welche das Land durchziehen verüben Gewalttätigkeiten nur gegen ihre politischen Gegner, die bürgerlichen Kreise.

Was die Verpflegung der Gefangenen anbelangt, so kann man auch hierüber beruhigt sein. Die österreichisch ungarische Regierung widmet monatlich einen Betrag von 5 Millionen Rubel, welcher der Schutzmacht Dänemark übergeben wird, und welche diesen Betrag zur Anschaffung von Lebensmitteln oder zur Beteiligung mit Barbeträgen verwendet. Der Hilfsdienst ist ausgezeichnet durch Dänemark organisiert. 20 Delegierte amtieren in den 20 Distrikten, denen viele Hilfskräfte zur Verfügung stehen und welche wieder mit den einzelnen Lagerkommissionen stets in Verbindung sind. Die Lagerkommissionen sind aus Offizieren und Mannschaften gemischt zusammengesetzt, so dass eine gleichmässige Behandlung von Mann und Offizier gewährleistet ist. In den grösseren Stationen sind Labestationen eingerichtet. Die Lebensmittelbeschaffung erfolgt sowohl in Russland selbst, als auch aus China und Japan für die im weiten Osten gelegenen Gebiete. Am schwierigsten gestaltet sich die Lebensmittelbeschaffung im zentralen Russland, wegen des Mangels der Transportmittel. Für die Rückbeförderung der Gefangenen wird bei den Friedensverhandlungen darauf Bedacht genommen werden, dass Invalide und Kranke in erster Linie zum Austausch gebracht werden, dann jene, welche schon lange in Gefangenschaft stehen und dann alle übrigen. Die Rückbeförderung wird unter Aufsicht des Roten Kreuzes stattfinden. Gegenwärtig sind alle Gefangenenlager in Russland von Seuchen frei. Besonders und rühmend hervorzuheben verdient die ausserordentlich fürsorgliche Tätigkeit für unsere Kriegsgefangenen der Organe unserer Schutzmacht in Russland, des Königreiches Dänemark und allen voran die des dänischen Gesandten in Petersburg. Unser Kriegsministerium mit der ihm unterstellten Auskunftsstelle für Kriegsgefangene ist eifrigst bemüht, gemeinsam mit der dänischen Regierung alles wahrzunehmen, was das Wohl und Wehe unserer Kriegsgefangenen berührt und diese Tätigkeit wird eifrigst fortgesetzt, bis die Aufbauaktion vollendet ist.

Ich kann nur den heissen Wunsch nicht nur des Wiener Gemeinderates sondern der ganzen Bevölkerung Ausdruck geben, dass unsere Söhne und Brüder, die schon Jahre lang in der Kriegsgefangenschaft schmachten bald der heimlichen Scholle und ihren Angehörigen zurückgegeben werden. (Lebhafte Zustimmung)

Der Bürgermeister teilt dann mit, dass er die am 16. Jänner vom Gemeinderate beschlossene Resolution bezüglich Herabsetzung der Mehlquote den beteiligten Ministern zugesendet habe und einer Minister Höfer, habe am 21. Jänner in einer Zuschrift die Resolution beantwortet.

2
In der Zuschrift heisst es, dass die dauernde Deckung der vollen Quote nicht möglich war und dass der Minister es für weniger bedenklich gehalten habe, die Quoten rechtzeitig herabzusetzen, als Gefahr zu laufen, dass in absehbarer Zeit Mahlprodukte überhaupt nur in ganz unzureichendem Masse verteilt werden könnten. Der Minister zählt sodann die Massnahmen auf, welche vom Ministerium bereits durchgeführt wurden. Der Bürgermeister bemerkt hiezu, dass die Sachlage sich in der Zwischenzeit wesentlich verschlechtert habe.

Der Bürgermeister benützt die Gelegenheit um den scheidenden Minister für seinen guten Willen und seine Arbeitsmühe den Dank auszusprechen. Er habe wiederholt Gelegenheit gehabt, mit Minister Höfer zu sprechen, an seinem guten Willen dürfe absolut nicht gezweifelt werden.

Bürgermeister Weiskirchner bringt sodann noch folgendes zur Kenntnis: Sowohl Stadtrat als auch Obmännerkonferenz erkannten bereits im November des Vorjahres die Gefahr einer Kürzung der Kopfquote an Brot und Mehl und haben die Regierung rechtzeitig auf diese Erscheinung aufmerksam gemacht. Bereits in den Jahren 1915 und 1916 wurde immer wieder die Forderung erhoben, dass die Gemeinde einen eisernen Vorrat zur Verfügung stelle.

Nun drohte in der vergangenen Woche allerdings nicht die Gefahr einer Verordnung, sondern tatsächlich die Gefahr einer Kürzung der Brotquote und in den letzten Tagen gelang es der Kriegs-Getreide-Verkehrs-Anstalt nur mit dem Aufgebot aller Kräfte und unter teilweiser Verwendung von Kochmehl und zu Mehl vermahlener Rollgerste den Mehlbedarf für die Broterzeugung von einem Tag auf den andern sicherzustellen. (Rufe: Unerhört!) Dieser Zustand ist unhaltbar und unerträglich, (Lebhafte Zustimmung) Weil die Versorgung einer Bevölkerung von 2 Millionen Menschen nicht auf den Zufall rechtzeitig oder verspätet einlangender Getreidetransporte bestellt werden kann. Die systematischen Beruhigungsversuche, die gewiss Schönfärbereien die wir von Zeit zu Zeit in den Zeitungen lesen, sind wertlos, sie dienen nur dazu, die Bevölkerung zu beruhigen. Es steht vielmehr ausser allem Zweifel, dass das staatliche Getreideregime infolge der verhängnisvollen Fehler und Irrtümer im Aufbringungsdiensste vollständig zusammengebrochen ist. Ueber das Tor der Kriegs-Getreide-Verkehrs-Anstalt könnte ruhig geschrieben werden „Bankrott“. Emswer ist es zu bedauern, dass das Volksernährungsamt gegenüber allen Parteien des Wiener Gemeinderates einmütig aufgestellten Forderungen taub geblieben ist. Während Niederösterreich seiner Abgabepflicht in vollem Umfange nachgekommen ist, sind die Sudetenländer aus Aktivposten in der Getreideaufbringung Passivposten geworden und da trotz aller Versprechungen Ungarns in der Anlieferung von Edelgetreide überaus säumig ist (Rufe: hört!) passiert derzeit die Brotmehlversorgung fast ausschliesslich auf den Maiszuschüben aus Rumänien (Rufe: Hört) welche unter erheblichen Schwierigkeiten heraufgebracht werden.

Wie mir von berufener Stelle mitgeteilt wurde, sind auch die Maisbezüge aus Rumänien nurmehr für einen relativ kurzen Zeitraum sichergestellt und es bleibt zur Vermittlung des Ueberganges bis zur neuen Ernte nur die Erfassung und Aufbringung der in der Ukraine gelagerten Getreidevorräte (neuerliche Hört Hört - Rufe) als ich an der Spitze des Wiener Gemeinderates den Grafen Czernin am Wiener Nordbahnhofe bei seiner Ankunft aus West Litows zu begrüssen Gelegenheit hatte, da konnte ich ihn wohl bezeichnend als den Bringer des von der Wiener Bevölkerung heiss ersehnten Brotfriedens bezeichnen. Nun bin ich wohl genötigt, darauf hinzuweisen, dass die österreichische Regierung die Bedeutung dieses Brotfriedens im Interesse der hungrigen Wiener Bevölkerung doch nicht voll erfasst hat. (Rufe: Die hat nicht dürfen) Während die Truppen des verbündeten Deutschen Reiches ohne

jede feindselige Absicht gegen die selbstständige Republik Ukraine in das Land marschieren, um die dort lagernden Getreidevorräte zu sichern, und nach Deutschland zu schaffen, hat der österreichische Ministerpräsident erklärt, dass unsere Truppen die Front nicht verlassen und nicht zu dem gleichen Zwecke in die Ukraine einmarschieren würden. (Stürmische PfuiRufe) Ich weiss nun nicht, welche anderen Massregeln die österreichische Regierung ergriffen hat, um das so notwendige Getreide in der Ukraine zu sichern und herauszubringen. Aber ich habe mir erlaubt, im Herrenhause eine solche Anfrage an die Regierung zu richten. (Stürmische Bravo Rufe) Ich gewärtige, dass die Bevölkerung Wiens eine beruhigende Antwort erhalten wird, denn wir haben nichts schön zu färben, wir müssen den Verhältnissen klar entgegensehen und unsere Bevölkerung muss die volle Wahrheit erfahren. (Lebhafte Beifall) Wenn die Verhältnisse so weiter fortgehen, sind wir nicht imstande, durchzuhalten. Die österreichische Regierung muss wieder Vertreter nach Berlin senden, um Hilfe für die Wiener Bevölkerung zu erbitten. (Rufe: Wer ist schuld daran) Ich glaube daher wohl, dass ich namens aller Kollegen des Wiener Gemeinderates an die Regierung die mahndende Forderung richten muss, alles daran zu setzen, damit die Getreidevorräte, die auch dem Friedensvertrag für uns bestimmt sind, in der Ukraine erfasst und mit möglichster Beschleunigung hergebracht werden.

Ich muss aber schon sagen, dass mich die Zeitungsnachrichten die ich heute lesen konnte, sehr peinlich überrascht haben. Die Wiener Gemeindevertretung fordert seit langer Zeit die Errichtung eines eigenen Ernährungsministeriums mit einem Minister an der Spitze der beiden Häuser des Reichsrates verantwortlich ist. Jetzt soll aber wieder ein Hofrat an die Spitze des Amtes kommen (Hört Hört Rufe) er soll wieder dem Ministerpräsidenten unterstellt werden. Wollen wird denn eine zweite

wir denn eine zweite Auflage der Episode Kochstein erliegen, ich glaube wir müssen heute an den Ministerpräsidenten die Forderung richten, das Ernährungsamt nicht als Experimentierfeld zu betrachten. Dieses braucht ein strenges Strafenregime. Wir müssen einen Mann an der Spitze haben, der auch mit jenen Machtmitteln ausgestattet wird, um die Aufbringung zu gewährleisten und die gerechte Verteilung zu sichern. Mit dieser Mahnung an den Ministerpräsidenten will ich meine Ausführungen schliessen. (Lebhafte andauernder Beifall).

GR. Leitner verliest den Einlauf:

GR. Dr. von Schwarz-Hiller interpellierte über die Beschliessung zweier Hotels im Bezirke Leopoldstadt für militärische Zwecke.

In derselben Angelegenheit stellt auch GR. Schäfer eine Anfrage.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner weist in seiner Erwiderung darauf hin, dass er bereits mehrmals dem Kriegsminister eingehend die Verhältnisse auf diesem Gebiete geschildert habe und dass er ihn auch im Finanzausschusse der Delegation auf diesen Gegenstand aufmerksam gemacht habe. Leider seien die Versprechungen nicht im vollen Masse in Erfüllung gegangen und er werde deshalb neuerlich an den Kriegsminister mit der bestimmten Forderung herantreten, die militärischen Büros auf Kosten der Hotels aber auch auf Kosten der Geschäftsleute in der Umgebung dieser Hotels zu vermehren. Er wisse auch nicht, ob nicht bei einer besseren Geschäftseinteilung mit geringerem Personal und weniger Amtsräumen das Auslangen gefunden werden könne. GR. Schäfer fragt ob der Bürgermeister den berechtigten Wünschen der Grünwaren- und Obsthändler auf Aufhebung der Geos entsprechen will

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt in seiner Antwort, wenn je eine Zentralstelle den Befähigungsnachweis ihrer vollsten Unfähigkeit erbracht habe, so sei dies die Geos (Zustimmung). Wir haben jedes Vertrauen in diese Zentralstelle verloren und wir können nur mit den Marktleuten, deren Klagen mir sehr gut bekannt sind und denen ich immer ein aufrichtiger Freund und Beschützer war, in den Ruf einstimmen: Hinweg mit der Geos! (Lebhafte Beifall)

GR. Rottler fragt, ob der Bürgermeister bei der Regierung vorstellig werden will, damit diese die nötigen Verfügungen auf unversüßliche Heimabfertigung der galizischen Flüchtlinge treffe.

Der Bürgermeister versichert, er werde nicht ermüden und ermahnen, dem Minister das Innere an seine Pflicht zu erinnern, endlich die Repatriierung der Flüchtlinge durchzuführen.

GR. Dr. von Schwarz-Hiller weist darauf hin, dass durch die kaiserliche Verordnung vom 19. März 1916 die Forderungen für Lieferungen und Arbeiten oder sonstige Leistungen in 3 Jahren verfahren. Er fragt, ob der Bürgermeister bei der Justizverwaltung vorstellig werden wolle, dass eine Anpassung dieser Verordnung an die Kriegs- und Uebergangswirtschaft herbeigeführt werde.

Der Bürgermeister erklärt, er werde diese Anfrage in der nächsten Sitzung des Gemeinderates beantworten.

GR. Dr. Hein protestiert in einer Anfrage dagegen, dass nach den Wünschen der Agrarier das Amt für Volksernährung seiner Selbstständigkeit beraubt und zu einer blossen Sektion des Ministerrats Präsidiums herabgedrückt werde.

Der Bürgermeister verweist darauf, dass diese Anfrage bereits mit seinen Ausführungen zu Beginn der Sitzung erledigt erscheine.

GR. Gussenbauer stellt folgende Anfrage: In den letzten Tagen war der 21. Bezirk der Schauplatz von äusserst unerquicklichen Szenen. Während verschiedentlich im Bezirke Brotverkäufer ihre Geschäfte mangels an Brotmehl gesperrt halten mussten und im übrigen sich die Bevölkerung schon seit längerer Zeit von Maismehl bei der Broterzeugung zufrieden geben muss, wurden in den letzten Tagen ganze Wagenladungen von Weizenmehl an einige Betriebe des 21. Bezirkes zur Herstellung von Mazzoth oder Mazzes von der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt beigestellt. Die mit Weizenmehl beladenen Wagen fuhren unter polizeilicher Assistenz zu den Erzeugungsstellen und es ist nicht verwunderlich, dass eine immer grösser werdende Menge von Frauen sich vor diesen Betrieben ansammelte und in mehr als stürmischer Weise die Herausgabe des für die Mazzothherzeugung erforderlichen Mehles verlangte. Erst dem wiederholten Einschreiten der Polizei gelang es, die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Bei aller Toleranz gegenüber den rituellen Gebräuchen Andersgläubiger muss die Verwendung von feinem Weizenmehl zur Mazzesherzeugung in dieser schweren Zeit der Brotnot direkt als eine Aufreizung bezeichnet werden und ist die Verbitterung des ganzen Teiles der Bevölkerung, der nur unter den erheblichen Schwierigkeiten sich in den Besitz von reinem Weissbrot setzen kann, nur zu begreiflich.

Ich glaube, dass der beinahe vierjährige Weltkrieg mit allen seinen Entbehrungen und Entsagungen auch bei dem jüdischen Teile unserer Bevölkerung die Erkenntnis reifen lassen musste, dass bei aller Achtung religiöser Gebräuche gewisse Einschränkungen, welche den Interessen der Gesamtheit dienen, am Platze wären. Es wird gefragt: Was gedenkt der Bürgermeister zu tun, um derartigen, die Bevölkerung aufreizenden Gebräuchen, welche in der Kriegszeit nicht gerechtfertigt sind, entgegenzutreten?

Durch die Zentralschlachtung ist keine Gewähr geboten, dass wir Vieh aus Ungarn bekommen. Es ist aber nicht ausgeschlossen, dass die Bildung der Grossschlachtung die Viehpreise ungünstig beeinflussen wird. Die ungarische Regierung hat die Preise für Getreide fast um 100 % erhöht, sie wird ein gleiches Ansinnen der Viehzüchter ebenfalls bewilligen, wird doch die Handelsbilanz Ungarns dadurch günstig beeinflusst. Einer guten Ausblick gewährt der Umstand, dass das Institut gut geleitet wird. Das Unglück der Centralen ist nicht ihr Programm und ihre Tendenz, sondern ihre Verwaltung. Dort sitzen nur Fachmänner in der Entschlagung von der militärischen Dienstpflicht und in der Fähigkeit hohe Gehälter für sich herauszuschlagen. Die Grossschlachtung hat keinen ausgesprochenen privatkapitalistischen Charakter, es sitzen Männer drinnen, die die Bedürfnisse des Konsums und des Gewerbes kennen und die, wie ich hoffe, auch den Mut haben werden, ihrer Ueberzeugung Ausdruck zu geben.

Bezüglich der Bemerkungen des GR- Reumann muss ich zunächst erwidern, dass man bezüglich der Vorräte in der Ukraine keine Hoffnungen wecken darf, die nicht mit Sicherheit erfüllt werden können. Die Ukraine war jedoch in Friedenszeiten die Kornkammer Russlands und ganz Europas, sie lieferte uns Hülsenfrüchte und hat auch während des Krieges nicht bloss die neutralen Staaten, sondern auch die feindlichen Staaten versorgt. Es ist also, nach-dem seit 2 Jahren ein Export nicht möglich war, ~~das~~ mit Berechtigung anzunehmen, dass noch grosse Vorräte vorhanden sind. Es wurde auch ausgemacht, dass wir diese Vorräte gegen räubersiche Banden sichern und ebenso den Transport schützen. Die Soldaten hätten sich gefreut dort einzumarschieren in der Ueberzeugung, dass sie mit dazu beitragen, die Knappheit der Lebensmittel im Hinterlande zu mildern. Die österreichische Regierung ist gegenüber einer Anfrage der Sozialdemokraten zu der Antwort gelangt, nicht ein Mann wird die Grenze überschreiten. Die Regierung hat gegenüber dieser demagogischen Anfrage pflichtvergessen gehandelt. Wir wollen alle den allgemeinen Frieden. Es ist nur die Frage, wie man zu ihm ~~kommt~~ kommt: Durch den sozialdemokratischen Friedenswunsch oder den Wunsch der russischen Regierung oder aber durch die Energie oder die Charakterfestigkeit des deutschen Volkes und seiner Führer. (Stürmischer Beifall). Ich bin überzeugt, dass hunderte von Männern allenfalls gern ihr Leben opfern, wenn sie mit dem „Bettel“ aus der Ukraine ihre Kinder zuhause retten können. Auch wir geben keinen Heller für den Krieg aber unter der Bedingung, dass auch die französischen Sozialdemokraten mit dem ehemaligen Minister Thomas an der Spitze, wenn Henderson und

Vandervelde keinen Heller für den Krieg bewilligen. Durch die Nichtbewilligung des Kriegskredites wird unser Volk auf die Schlachtbank geliefert. Der Friede kommt nicht, wenn wir unsere eigene Verteidigungsfähigkeit schwächen, er kommt nicht, wenn wir schöne akademische Reden halten, sondern er kommt erst, wenn wir unsere Pflichten gegenüber dem Vaterlande voll bewusst sind, wenn wir als Sieger mit dem Schwerte die Bedingungen diktieren werden. (Lebhafter Beifall)-

Schluss der Debatte und Wahl von Generalrednern wird genehmigt.

GR. von Steiner erklärt, dass ein jeder in den verbündeten Staaten als Vaterlandsverräter erklärt ~~würde~~ ^{feindlichen} würde, wenn die feindliche Armee in unserem Lande stünde und ein Friede ohne Annexionen und Entschuldigungen verlaggt würde. Die Bevölkerung müsste volles Vertrauen zum Kaiser und zum Grafen Czernin, ein glücklicher Anfang sei im Osten gemacht, es sei zu hoffen und zu wünschen, dass der Friede im Westen bald nachfolgen möge!

Nach einem Schlussworte des Referenten, werden die Anträge desselben genehmigt.

BGM. Dr. Weiskirchner setzt mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit das Referat des VBGM. Rain wegen der Petition über das Militärtaxwesen von der Tagesordnung dieser Sitzung ab.

Von den Gegenständen der weiteren Tagesordnung wird das Referat des GR. von Steiner über den Ankauf der Liegenschaft „Belluvue“ im XIX. Bezirk im Gesamtausmasse von 147.507 Quadratmeter um den Preis von 700.000 Kronen sammt Möbel für Zwecke des Wald und Wiesengürtels und für die Anlage eines Waisenhauses genehmigt, ebenso der von VBGM. Rain vorgelegte Verwaltungsbericht der städt. Leichenbestattung.

Nach einer Reihe weiterer Geschäftsstücke wird die Sitzung geschlossen.

NE. Auf dem zweiten Bogen 1. Spalte, 3. Zeile von unten ist in dem Satze "im Interesse der hungernden Wiener Bevölkerung doch nicht voll erfasst hat" das Wort "hungernden" auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft zu streichen.

der Einrichtung direkt agrarisch sei. Redner bittet zum Schlusse, dass die Vertreter der Gemeinde bei den Beratungen dafür eintreten, dass Fleischhauern, welche zwei Geschäfte besitzen, gestattet werde, unter strengster Kontrolle zweierlei Fleisch zu führen, da ja auch bei der Grossschlachtereialle Gattungen verkauft werden. Weiters richtet er an das Präsidium der Wiener Fleischhauer die Bitte, sich in dieser schweren Zeit, wo es sich um die Existenz eines Jahr- hunderte bestehenden Gewerbes handle, seinen Stand tatkräftigst zu unterstützen, damit nicht das eintrete, was von gewisser Seite behauptet werde, dass die Wiener Fleischhauer von der Oberfläche verschwinden. Er versichert, dass mit der vorliegenden Schöpfung eine Zentrale geschaffen werden solle, an der man zum Unterschied von anderen Zentralen, nichts aussetzen können wird (lebhafter Beifall)

GR- Reumann erklärt, er könne den Optimismus den die Ausführungen des GR- Eder gezeigt haben, nicht in allem teilen. Der freie Handel hätte unter den gegenwärtigen Umständen gerade so vor der Fleischnot kapitulieren müssen. Die Christlich Sozialdemokraten stehen deshalb auf dem Standpunkte, dass eine ganze Reihe von Lebensmitteln die zentrale Bewirtschaftung geradezu erfordern und er sei der Ansicht, dass auch die Viehverwertungsstelle nicht nur auf Kriegsdauer, sondern auch für die Zeit nach dem Kriege geschaffen sei. Deshalb sei es auch notwendig, dass sich die Gemeinde materiell an der Grossschlachtung beteilige, damit der Einfluss der Gemeinde Wien für alle Zeiten aufrecht erhalten bleibe. Redner weist darauf hin, dass es grosse Aufgaben zu lösen gelte, vor allem müsse an den Abbau der Preise gedacht werden. Wir müssen ein Veto dagegen einlegen, dass nur Fleisch aus den Kronländern nach Wien kommt. Wenn die Zentralisierung gut durchgeführt wird und wenn die Organisation ausgestaltet wird, dann ist zu erwarten, dass sie ein Segen für die Bevölkerung und für das Gewerbe bedeuten wird. Wir müssen aber, wenn die Verhältnisse wieder normal sein werden, trachten, uns insbesondere von Ungarn unabhängig machen, namentlich hinsichtlich des Bezuges von Schweinen. Die Bukowina produziert sehr viele Schweine und die alte meine Behauptung, dass dort Säuchen grassieren, ist in der Form sicherlich unrichtig. Der Referent hat auch einige Worte über den Feldzug in der Ukraine gesprochen. Ich möchte dringend davor warnen, der Bevölkerung zu sagen, dass riesige Vorräte in der Ukraine lagern, die dem Consum zugeführt werden können, wodurch eine augenblickliche Besserung herbeigeführt werden kann. Wir haben schon einmal die bittersten Erfahrungen mit Vorräten gemacht, die nicht in unseren Händen sind. Die erste Notwendigkeit für die Bevölkerung ist der Frieden. Wir haben einen Verteidigungskrieg geführt und dürfen keinesfalls uns in den Verdacht bringen lassen, dass wir Annexionen anstreben. (Lebhafte Zwischenrufe: das wollen wir auch gar nicht) Der Einmarsch in die Ukraine kann verderbliche Folgen für die Schlussverhandlungen, für die Schliessung eines allgemeinen Friedens haben. Wir stellen für die Ukraine nicht einen Mann zur Verfügung (Zwischenruf: Wir wollen keinen Feldzug gegen die Ukraine) Wenn VEGM- Boss erklärt, er sei über-

zeugt, dass die Soldaten bei einem an die gerichteten Aufrufe freiwillig in die Ukraine einmarschieren, dann sage ich, er kennt nicht die Stimmung. (unter den Soldaten herrscht nur eine Stimme: "Nach Hause") (Lebhafte Widerspruch, Stimmen Sie für das Budget?) GR- David: Keinen Heller für das Kriegsbudget) Wir wollen uns

glücklich schätzen, wenn wir mit Russland solche Vereinbarungen treffen, welche es ermöglichen, dass die russ- Bodenprodukte uns wirklich zugeführt werden, wir wollen ein freundschaftliches Verhältnis mit Russland und alles verhindern, dass es gestört wird. Die Gemeinde Wien hat alle Ursache, auf denselben Standpunkt zu stehen, wie wir und alles zu verhindern, was den allgemeinen Frieden verschleppen könnte. Wir bedauern daher, dass solche Worte vom Referententisch aus gefallen sind.

Die Schlussworte des Redners wurden von zahlreichen Zwischenrufen begleitet und es herrschte während derselben eine grosse Unruhe im Saale. GR- Bielohlawek erklärt, dass die Fleischhauer einstimmig der Grossschlachtung zugestimmt haben, wäre die Angelegenheit eigentlich erledigt, man könne nichts anderes tun, als dafür stimmen, weil ja die interessierten Kreise selbst dafür gestimmt haben. Der Redner wendet sich dann den Ausführungen des GR- Rärmann zu und bemerkt: Ich weiss nicht ob auf der Gallerie ein Ententespion sitzt, aber wenn, so muss ihm das Herz im Laibe vor Freude sitzen. Es wird heute so über die Teuerung geklagt, wenn man aber in Wien und anderswo so leben könnte wie im Frieden dann könnte der Krieg vielleicht 30 Jahre dauern. Im Jahre 1911, da hat das kg Rindfleisch K 1.20 gekostet und die Fenster wurden eingehaut wegen der wahnsinnigen Teuerung. Glauben die Sozialdemokraten dass noch einmal im Leben die Zeit kommt, wo das kg Rindfleisch um K 1.20 zu haben ist? Das sei eine Folge der Hetze gewesen, die fortwährend gegen die Produzierenden Stände entfacht wurde. Die Sozialdemokraten haben bisher nichts anderes gemacht, als die Arbeitergeber gegen die Arbeitnehmer aufgehetzt und wenn man heute so viel von der Revolution spricht, so muss man sich fragen, wo sind denn die Folgen der Revolution? Was hat denn die französische Revolution erreicht, sie hat die Menschheit in die Hände einer organisierten Advokaten Dietschique gebracht. Die Milliardehrepublik Amerika hat ebenfalls nicht einen Funken Gefühl für die Arbeiterschaft und jetzt kommt man mit einem neuen System daher, das aber Gott sei Dank jämmerlich verkracht ist. Eigentlich sollten wir eine Dankeskundgebung an die Bolschewiki senden, denn je jetzt hat die Welt gesehen, wie das eigentlich aussieht, was man mit Freiheit Gleichheit und Brüderlichkeit bezeichnet. Eine solche Demokratie soll vielleicht bei den Mittelmächten Platz greifen. Ich glaube dass jetzt wahn dem borniertesten Arbeiter die Augen aufgehen. Wenn heute so gegen den Einmarsch in die Ukraine gewettert wird, so ist dies nur der Zorn weil die ganze Sache so verkracht ist. Ja wenn alle Menschen gleich wären, gleich gewarhnen, gleich gescheit gleich wohlwollend bräuchten wir überhaupt keine Gesetz mehr, am allerwenigsten diejenigen der Sozialdemokraten. Das Wort Brüderlichkeit ist an sich schon ein Schwindel, denn ich kenne genug Brüder, die sich miteinander rauefen. (Zwischenruf: Vielleicht bei Ihnen auch) Ja vielleicht auch aber ich habe einen solchen Unsinn eben nie behauptet (Lebhafte Heiterkeit) Weil sie sehen, dass die Internatio-

nale jämmerliche Schiffbruch erlitten hat, soll das Frauenwahlrecht als letzte Hilfe kommen. Meine Herren Sozialdemokraten sie kennen die Frauen sehr genau. Lassen sie sie nur einmal in diesen Saal hereinkommen und mit beraten, da muss dann immer am nächsten Tag einer mit dem Besen die Haare auskehren. (Stürmische Heiterkeit) Das Ende der Welt ist noch nicht gekommen und ich möchte nur wünschen, dass sich endlich die braven Arbeiter, soweit sie noch denken können und auch die bürgerlichen ermannen und sagen, so kann es nicht weiter gehen. Es ist höchste Zeit, endlich mit der Feigheit eine Ende zu machen, denn ein Blick nach Deutschland zeigt uns, wie man gewisse Leute mit Erfolg zu Paaren treibt. Hier spricht kein Satter, kein Besitztumder zu ihnen, sondern auch nur ein Proletarier, ein gewesener Schlosser- gehilfe, der nichts hat, als sein Einkommen als Landesauschuss. (Lebhafte Zustimmung) Es ist die 12. Stunde dass die bürgerlichen sich daran erinnern sollen, dass sie nicht mehr zu zittern, sondern sich zu wehren haben. Es geht nicht an, dass jeder, der sich sein Brot ehrlich verdient, als Ausbeuter hingestellt wird. Wir müssen hinausgehen in alle Kreise und allen sagen, eure wirtschaftlichen Forderungen wollen wir vertreten, aber das Verbrechen des Hochverrates und des Vaterlandsverrates lassen wir uns nicht mehr länger gefallen.

BGM- Dr. Weisskirchner übernimmt den Vorsitz.

GR- Kunczak sagt, dass es angesichts der einstimmigen und begründeten Meinung der Bevölkerung über die Wirtschaft der Zentralen gewisse nicht leicht sei für die vorliegenden Anträge zu stimmen, denn es wisse heute noch niemand, ob positive Erfolge damit verbunden sein werden.

3
Bürgermeister erwidert: Ich habe schon in der Vorwoche von diesem Vorfall im 21. Bezirk gehört und es hat mich interessiert zu erfahren, wer dieses Weizenmehl bewilligt hat. Ich habe nunmehr die Antwort durch die Statthalterei erhalten, dass die Erzeugung des Mazzes von Ante für Volksernährung bewilligt worden ist und die Bereitstellung des Mehles über direkten Auftrag dieses Amtes durch die Kriegsgüterverkehrsanstalt erfolgt. Die Abgabe des Mazzes an den Konsum wird nur gegen Abtrennung der entsprechenden Brotkartenschnitte stattfinden; die Mazzesbezieher bleiben während der jüdischen Feiertage vom anderweitigen Bezuge von Brot und Mahlpfprodukten ausgeschlossen.

Der Bürgermeister erklärt, er habe sich auch sonst noch erkundigt und in Erfahrung gebracht, dass das Ernährungsamt anlässlich der jüdischen Osterfeiertage für ganz Oesterreich 100 Waggons Weizenmehl aus einer Budapester Mühle freigegeben hat, hiervon sind 16 Waggons für den Bedarf der Wiener Israeliten bestimmt. Das aus Weizenmehl herzustellende Mazze wird durch 9 Tage und zwar in der Zeit vom 27. März bis 4. April genossen. Im Einvernehmen mit dem Ernährungsamt wird die Wiener israelitische Kulturgemeinde während dieser 9 Tage den normalen Bezug von Brot und Mehl um 38 Markenabschnitte à 50 Gramm Mehl pro Person kürzen. Es ist Vorsorge getroffen, dass der Bezug von Brot und Mehl während dieser Zeit in der normalen Brot- und Mehlverkaufsstelle unmöglich gemacht wird. Es wird auch mitgeteilt, dass während der 9 Tage pro Kopf ca. 1000 Gramm Mazze abgegeben werde, wodurch eine Ersparung von 950 Gramm Mehl pro Kopf während der 9tägigen Periode eintritt, was eine Gesamtersparung von 7½ Waggons Mehl ergeben soll.

Ich stehe nicht an, zu erklären, dass, wenn auch das Mehl für die Mazzeserzeugung aus Ungarn bezogen wird, uns sich gegenüber der normalen Verbrauchsquote an Mehl Ersparungen ergeben, dennoch im 4. Kriegsjahre die Verwendung von reinem Weizenmehl für die Mazzeserzeugung auf die breiten Massen der Bevölkerung, welche nur Brot in unzulänglichem Masse und zu 80 % mit Maismehlzusatz erhalten, eine Deunruhigung hervorrufen muss und dass die ganze Verantwortung für etwaige Störungen der Ruhe und Ordnung von der Polizei beziehungsweise von der Statthalterei getragen werden muss.

Die Verlesung und die Beantwortung dieser Anfrage wird von der Mehrheit mit stürmischen Unwillenskundgebungen und Protestrufen begleitet. Mehrere Gemeinderäte rufen: Wir Christen dürfen nicht einmal zu Allerheiligen Kerzen brennen.

GR. Müller: Herr Bürgermeister, wird das Morgen in den Judenblättern stehen, es wäre nämlich wünschenswert, dass auch diese Kreise orientiert werden.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

VBOG. Hoss legt die bekannten Anträge auf Beitritt der Gemeinde Wien zu der zu gründenden Grossschlachtungs-Gesellschaft G.m.b.H. mit einer Stammeinlage von 100.000 Kronen vor und fügt seinem Berichte bei: „Es ist heute schon vom Bürgermeister der Friedensschluss um der Ukraine erwähnt worden. Wir hören, dass dort Lebensmittel namentlich Getreide und Fleisch in grossen Mengen vorhanden sind. Was wäre daher natürlicher als unter allen Umständen zuzugreifen, damit wir uns diese Vorräte sichern. Unsere Soldaten haben 3½ Jahre unter den ärgsten Verhältnissen Krieg geführt und jetzt, wo es sich blos darum handelt Brot für ihre Familien, für ihre Frauen und Kinder zu sichern und hereinzubringen, nimmt man auf einmal Anstoss daran, sie dort ruhig einmarschieren zu lassen.“

GR. Müller: Die Deutschen führen das Getreide ja schon aus.

VBOG. Hoss: Unsere Soldaten sollen ja dort nicht mehr Krieg führen, sondern nur die Grenzen zwischen Gross-Russland und der Ukraine sichern, aber auch das darf nicht geschehen. (zahlreiche Zwischenrufe „Man weiss schon warum“). Wir aber bestehen darauf, und verlangen, dass von dort endlich auch für uns Lebensmittel eingeführt werden. Unsere Soldaten werden durch die Vorgänge im Hinterland und im Parlament nur irregeführt und ich kann mir nicht denken, dass Männer wie Sie, die so viel ausgehalten haben, jetzt, wo es sich um das letzte Durchhalten handelt, sich weigern sollten, vorzugehen. Endlich verlangt auch der Referent die Ausgestaltung des Volksernährungsamtes zu einem selbstständigen Ministerium.

VBOG. Hierhammer übernimmt den Vorsitz.

GR. Stein: Der Referent hat zu Beginn erklärt, dass es sich um eine zentrale Bewirtschaftung des Fleisches handelt, eines Artikels, der uns in den letzten Monaten noch in halbwegs erträglichem Ausmasse übrig geblieben war. Als nun bekannt wurde, dass auch das Fleisch zentral bewirtschaftet werden sollte, war es ebenso verschwunden, wie vorher alle anderen Artikel und sofort hat der schon bekannte Schleichhandel zu den unerschwinglichen Preisen eingesetzt. Es genügt ja heute der blosse Name „Zentrale“, um in der Bevölkerung Gefühle von Wut und Hass auszulösen. Ist ja doch die Wirtschaft der Zentralen eine der traurigsten Erscheinungen dieses Krieges. Trotzdem soll wieder eine Zentrale errichtet werden und diesmal ist es die Gemeinde, die man dazu zwingt, hilfreiche Hand dabei zu bieten. Man beruft sich darauf, dass die Zustimmung der Fleischhauer hierzu einstimmig erfolgt sei in Wirklichkeit sind aber 90 % von ihnen dagegen, weil sie nicht wollen dass sie wie blosses Fleischhändler degradiert werden. Ich erkläre, dass ich im wohlverstandenen Interesse der bürgerlichen Gesellschaft niemals meine Hand zu solchen Anträgen bieten werde und verlange, um den Fleischhauern Gelegenheit zu geben, in einer neuerlichen Abstimmung ihre wirklichen Ansichten zum Ausdruck zu bringen, den Antrag auf Vertagung zu betrachten.

Der Antrag auf Vertagung wird abgelehnt.

GR. Eder: Die Schaffung der neuen Zentrale der Grossschlachtungs-Gesellschaft ist gewiss ein Eingriff in die Gewerberechte der Fleischhauer. Nicht bloss 90 sondern 100 % der Fleischhauer sind gegen die Errichtung der Grossschlachtungs-Gesellschaft, aber unter dem Zwange der Verhältnisse und in der Befürchtung, dass eine Grossschlachtungs-Gesellschaft ohne Fleischhauer, haben die Fleischhauer einstimmig der Gründung der Grossschlachtungs-Gesellschaft zugestimmt. In dieser Zentrale werden zum Unterschied von allen anderen Zentralen auch Fachleute sitzen und ein mächtiges Wort dreinzureden haben. Auf diese Errungenschaft ist die Genossenschaftsleitung stolz. Unter den 24. Aufsichtsräten befinden sich 12 Fleischhauer, unter den vielen Geschäftsführern 3 Fleischhauer. Die derzeitige Fleischnot in Wien hat folgende Ursache: In Ungarn wurde eine Zentrale für die Aufbringung des Viehes geschaffen. Der freie Einkauf in Ungarn, durch Wiener Fleischhauer hat aufgehört. Während früher monatlich ungefähr 10.000 Rinder aus Ungarn nach Wien kamen, kommen jetzt nur mehr 3000 und weiter 100 aus Kroatien. Aber auch die Qualität der Rinder hat sich bedeutend verschlechtert, weil die Fleischhauer einen Stolz darein setzen, und ein Interesse daran hatten, Rinder besserer Qualität nach Wien zu bringen. Der Preis der früher K 7.50 per kg Lebendgewicht für Qualitätsvieh betrug,

stellt sich jetzt auf K 9.- für minderwertiges Vieh, das heisst das Fleischverteuert sich mindestens um K 3.- per kg. Infolge der Sendung dieses minderwertigen Viehes ist auch die Fleischausbeute sehr gering, es verringert sich also auch dadurch die Quantität. Ich glaube auch nicht, dass durch die Zentralschlachtung eine Ersparung an Sossen herbeigeführt werden wird. Auch eine bessere Verwendung der Nebenprodukte ist ausgeschlossen, denn die Wiener Fleischhauer wussten ja schon bisher Haut und Fett

zu festgesetzten Preisen abliefern. Diese Preise sind so niedrig, dass die Fleischhauer sie beim Verkaufe des Fleisches einkalkulieren mussten, so dass dieses auch dadurch in die Höhe stieg. In der letzten Zeit hat sich auch die Gewohnheit eingebürgert, dass aus den Kronländern, insbesondere aus Böhmen kein Vieh sondern nur mehr Fleisch nach Wien geschickt wird. Abgesehen davon dass dieses Fleisch sehr minderwertig ist, entgehen uns durch diesen Vorgang auch die Nebenprodukte insbesondere Fett und Innereien.

Redner erklärt, die Fleischhauer hätten deshalb der Einführung der Grossschlachten nicht zugestimmt, weil sie der Ueberzeugung seien, dass diese Institution nur für den Krieg geschaffen sei und weil die Fleischhauer dadurch den richtigen Einfluss bekommen, ja befürchtet worden sei, dass man die Grossschlachtungs-Gesellschaft ohne den Fleischhauerstand mache. Es sei ein Unterschied zwischen den Zentralen, in denen Leute sitzen, die keine Ahnung vom Fache haben und solchen Zentralen, wo ausgesprochene Fachleute sitzen. Redner betont, dass die Fleischhauer das lebhafteste Interesse daran hätten, dass für die konsumierende Bevölkerung etwas rechtes geschaffen werde und um dies zu erreichen, seien sie an die Gemeinde Wien herantreten, die, wie der Referent richtig betont habe, das Zünglein an der Waage bilden sollte, da die andere Hälfte